

Die Bundeswehr und Wehrpflicht im Wandel

Verantwortung für unsere
Streitkräfte, die Standorte, die
Wehrtechnische Industrie und ihre
Arbeitsplätze - insbesondere in
Bayern

Peter Paul Gantzer, Susanne Kastner
und Walter Kolbow

18.08.2010

Präambel

Die BayernSPD steht zu den Bundeswehrstandorten in Bayern. Nach Umsetzung des Standortkonzeptes aus dem Jahr 2004 verbleiben in Bayern 68 Bundeswehrstandorte mit insgesamt 49.400 Dienstposten. Rund 50 Standorte befinden sich im ländlichen Raum. Die Bundeswehr ist dort ein nicht zu ersetzender Arbeitgeber und existenzieller Wirtschaftsfaktor.

Bayern ist ein Flächenstaat. Insgesamt 60 Prozent der bayerischen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Die BayernSPD fordert die Bayerische Staatsregierung deshalb auf, umgehend einen Masterplan für den Erhalt und die Konversion der bayerischen Bundeswehrstandorte zu erarbeiten. Nur so lässt sich die Existenzgrundlage des ländlichen Raums sichern. Weitere Standortschließungen würden sich verheerend auf das Wirtschaftsgefüge auswirken. Zahlreiche Arbeitsplätze und ein nicht zu verkraftender Rückgang der Bevölkerungszahl im ländlichen Raum wären die Folge.

Die Bayerische Staatsregierung muss jetzt handeln. Es liegt an ihr, den ländlichen Raum, der 85 Prozent der Fläche Bayerns ausmacht, nicht ausbluten zu lassen.

Die BayernSPD stellt sich ihrer Verantwortung im Transformationsprozess der Streitkräfte. Sie steht dabei an der Seite der Bundeswehrangehörigen, der bayerischen Bundeswehrstandorte und der wehrtechnischen Industrie.

1. Ausgangslage Bundeswehr

Sicherheits- und Wehrpolitik nach Kassenlage: Sparzwang kann und darf nicht der Grund für eine Bundeswehrreform sein. Vielmehr ist zunächst die "neue Lage" zu beurteilen, die sich infolge der veränderten politischen Verhältnisse seit 1989 ergeben hat und die mit neuen Herausforderungen verbunden ist. Diese sind Grundlage jeder Diskussion um eine Bundeswehr-Reform. Zu beachten sind aber auch die folgenden Eckpfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik:

Die Vereinten Nationen, die NATO, die OSZE und die EU sind und bleiben die Garanten für Deutschlands Sicherheit. Ihre Stärkung ist die zentrale außenpolitische Zielsetzung Deutschlands, ebenso wie die Fähigkeit, substantielle

militärische Beiträge zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit dieser Institutionen zu leisten. Davon wird der Umfang deutscher Streitkräfte entscheidend geprägt.

Die verteidigungspolitischen Richtlinien von Verteidigungsminister Peter Struck und das von der schwarz - roten Regierungskoalition herausgegebene Weißbuch 2006 begründen die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nach den gemeinsamen Werten und Überzeugungen im atlantischen Bündnis und verbinden Deutschlands Sicherheit untrennbar mit der politischen Entwicklung Europas. Diese Grundsätze bleiben uneingeschränkt gültig. Sie bestimmen entscheidend Struktur und Umfang der "neuen" Bundeswehr, die an den neuen Einsatzaufgaben auszurichten ist.

In den Verteidigungspolitischen Richtlinien sind drei Faktoren für einen angemessenen Streitkräfteumfang definiert: die multinationale Einbindung der Bundeswehr im Rahmen einer auf europäische Integration, transatlantische Partnerschaft und globale Verantwortung ausgerichteten Außenpolitik, das veränderte Einsatzspektrum der Bundeswehr bei vermehrten internationalen Einsätzen sowie die verfügbaren Ressourcen.

Kommende Entscheidungen von sicherheitspolitischer Tragweite haben sich aber auch am haushaltspolitisch Machbaren zu orientieren. Die Bundeswehr muss ebenfalls ihren Beitrag zu den Sparbemühungen leisten. Das Sparen darf aber nicht so weit gehen, dass Umfang, Struktur und Auftrag der Bundeswehr von der Kassenlage bestimmt werden.

Der Bundesverteidigungsminister spricht von einem Spardiktat für die Bundeswehr. Der "mittelfristig höchste strategische Parameter" für die Zukunft der Bundeswehr und damit auch die deutsche Sicherheitspolitik sei die "Schuldenbremse", der Zwang zur Haushaltskonsolidierung. Das hieße, Fähigkeiten würden reduziert, Verbände aufgelöst und Standorte geschlossen. Sparen allein kollidiert daher mit den eingangs aufgeführten Grundsätzen deutscher Sicherheitspolitik. Sparen allein führt die Bundeswehr international in die Bedeutungslosigkeit und gefährdet unsere Bündnisfähigkeit.

2. Ausgangslage Bayern

2.1. Standorte

Wir stehen zu den bayerischen Bundeswehrstandorten. Unter Berücksichtigung des noch nicht abgeschlossenen Stationierungskonzeptes von 2004 bleiben in Bayern 68 Standorte erhalten. Die weitere Umsetzung des Stationierungskonzeptes sieht die Schließung von 16 weiteren Standorten vor, vier Standorte werden signifikant reduziert, acht reduziert. Die Anzahl der zivilen und militärischen Dienstposten in Bayern sinkt von 56.500 auf 49.400. Auf 1000 Einwohner kommen künftig 4,0 Dienstposten.

Die Bedeutung des militärischen Sektors für die Wirtschaftskraft einer Region hängt indessen nicht alleine von der Zahl der Soldaten und ihrer Angehörigen ab. Entscheidend für den wirtschaftlichen Einfluss ist vielmehr die Relation zur Gesamtbevölkerung und die regionale Verknüpfung mit anderen Wirtschaftsbereichen.

In Bayern bilden die Standorte der Bundeswehr darüber hinaus eine besonders wichtige Stütze für die Wirtschaftskraft. Für strukturschwache Gebiete sind sie von existenzieller Bedeutung. Soldaten, zivile Mitarbeiter und Auszubildende finden bei der Bundeswehr als Arbeitgeber eine sichere Beschäftigung. Zivile Unternehmen haben in der Bundeswehr einen verlässlichen Partner, der mit Investitionen den regionalen Handel und den Dienstleistungssektor stärkt.

Die Schließung eines Bundeswehrstandortes führt infolge eines erheblichen Bevölkerungsverlustes zu nachhaltigen Veränderungen der Demographie, der Wirtschaftssituation und der Infrastruktur. Aus dem Wegzug von Soldaten, Zivilpersonal und ihren Angehörigen resultieren gravierende Veränderungen der Altersstruktur. Mittelfristig wirkt sich eine Schließung jedoch nicht nur negativ auf die Bevölkerungsentwicklung aus, sondern auch auf damit korrelierende Bereiche, etwa auf städtebauliche Maßnahmen, auf den Wohnungsmarkt oder auf die Kaufkraft in einer Region, etc.

In Bayern findet die Bundeswehr optimale Bedingungen vor. Durch die Nähe zur wehrtechnischen Industrie können Synergieeffekte genutzt werden. Dies stellt einen erheblichen Standortvorteil dar.

Gegen Schließungen in Bayern spricht zudem, dass die Bundeswehr gerade hier hervorragend vernetzt ist und bei der Bevölkerung uneingeschränkte Aufnahme und Unterstützung findet, ganz im Gegensatz zu manchen anderen Bundesländern.

Aus den genannten Gründen wäre es nicht nachvollziehbar, wenn der Verteidigungsminister die Axt an bayerische Standorte anlegen würde. Wir stehen zu unseren Truppen in Bayern.

2.2. Soziale Begleitmaßnahmen für die Bundeswehr:

Lassen sich Personalreduzierungen und Abbaumaßnahmen nicht vermeiden, muss der Mensch dabei im Mittelpunkt stehen. Personalreduzierungen und Standortschließungen bedürfen umfassender sozialer und wirtschaftlicher Begleitmaßnahmen. Der Dienst in den Streitkräften muss attraktiv bleiben. Wir unterstützen daher die Attraktivitätsagenda 2011 des Bundeswehrverbandes. Um Bayern zukunftsfähig zu gestalten, fordern wir deshalb folgende Maßnahmen:

- die Schaffung eines neuen attraktiven Personalanpassungsgesetzes,
- die Einführung der Übertragbarkeit von Versorgungsansprüchen für alle Berufs- und Zeitsoldaten,
- die gesetzliche Festschreibung des Wahlrechts zwischen Umzugskostenvergütung und einer dauerhaften Gewährung des Trennungsgelds,
- die Erstellung eines Sozialplans unter Berücksichtigung eines Stufenplans zur Verbesserung der Lebensverhältnisse am neuen Standort,

- die kurzfristige Schaffung von angemessenen Pendlerunterkünften an aufwachsenden Standorten,
- die Vermeidung von betriebsbedingten Kündigungen beim Zivilpersonal.

2.3. Konversionsprogramm

Als weitere Maßnahme ist ein bayerisches Konversionsprogramm aufzulegen und ein flexibel einsetzbares Förderinstrumentarium zu schaffen. Durch Beratung und unbürokratische Entscheidungen muss alles getan werden, um den Strukturwandel regional aufzufangen. Schwerpunkte sehen wir bei technologieorientierten und innovativen Ansätzen. Diesen großen Herausforderungen hat sich das Land in enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Seite zu stellen. Dazu sind nachfolgende Maßnahmen zu ergreifen:

- die Gründung einer entsprechenden Stabsstelle im Kabinett,
- die schnelle und entschlossene Reaktion auf künftige Standortentscheidungen,
- der Aufbau handlungsfähiger Strukturen,
- die Entwicklung schlüssiger Strategien für die Regionen,
- die Einleitung notwendiger Vorarbeiten wie z.B. die Erstellung von Altlastengutachten und die Bereitstellung eines Konversionsmaßnahmenkatalogs,
- die Bereitstellung von angemessenen Fördermitteln,
- die Aushandlung von Verwertungsmodellen mit dem Bund,
- die Erarbeitung von Verwertungskonzepten,
- die Gewinnung von Investoren für Großprojekte.

Angesichts der finanziellen Situation der öffentlichen Hand, zunehmender Globalisierung, der demographischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Verhältnisse insgesamt müssen neue Ideen zur Finanzierung der Konversionsprojekte entwickelt werden. Wir setzen dabei verstärkt auf Public-Private-Partnership-Modelle (PPP-Modelle).

3. Ausrüstung und Beschaffung

Eine moderne Bundeswehr braucht als Armee im Einsatz eine leistungs- und zukunftsfähige Ausrüstung. Für die Beschaffungs- und Ausrüstungsplanung ist gemäß den Verteidigungspolitischen Richtlinien ein multinational abgestimmter, fähigkeitsorientierter und teilstreitkräfteübergreifender Gesamtansatz zu verfolgen. Gestaltende Sicherheits- und Verteidigungspolitik trägt auch Verantwortung für die nationale Wehrtechnische Industrie.

Die von der derzeitigen Koalition vorgeschlagenen Einsparungen in Höhe von 8,3 Milliarden Euro bedeuten drastische Personalreduzierungen und drastische Einschnitte in die Ausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten. Das Einsparziel kann nur erreicht werden, wenn auf bestimmte Fähigkeiten ganz verzichtet wird oder allenfalls eine Grundbefähigung erhalten bleibt. Eine Erfüllung der bisherigen Aufgaben und der internationalen Verpflichtungen wird so nicht möglich sein. Technologische Kompetenz und hochqualifizierte Arbeitsplätze drohen aufgrund dieser unbedachten Kürzungen verloren zu gehen.

Für die Wehrtechnische Industrie haben die geplanten Einsparungen ebenfalls verheerende Auswirkungen. Kernfähigkeiten müssen aufgegeben oder so stark reduziert werden, dass kaum eine wirtschaftliche Überlebenschance bleibt. Die Einsparmaßnahmen infolge der Finanzkrise werden damit auch auf dem Rücken der Beschäftigten in der Wehrtechnischen Industrie ausgetragen. Die technologische Kompetenz und der daraus resultierende Wettbewerbsvorsprung auf dem Weltmarkt sind dadurch massiv gefährdet.

In Bayern sind insbesondere EADS, KMW, Eurocopter, RUAG, zahlreiche Unternehmen der Zulieferindustrie, technische Dienstleister, Hersteller von Spezialmaschinen und Werkzeugen sowie Wissenschafts- und Ausbildungseinrichtungen stark betroffen. Eine große Anzahl an hochqualifizierten Arbeitsplätzen stehen damit auf dem Spiel. Bayern droht

seinen Spitzenplatz im Bereich der Hochleistungstechnologien zu verlieren.

Wir wollen mit der Verteidigungsindustrie und den Arbeitnehmervertretungen in einen strategischen Dialog treten, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Dabei sind alle Rüstungsvorhaben unter dem Gesichtspunkt der aktuellen und zukünftigen Aufgabenstellung der Bundeswehr und der Bedeutung unserer strategischen Wehrtechnischen Schlüsselindustrie zu überprüfen. Desgleichen sind strukturpolitische Anpassungen in den Rüstungsbetrieben sowie in den betroffenen Regionen zu diskutieren. Durch langfristige Kooperationen zwischen Industrie und öffentlichen Auftraggebern müssen nachhaltige Strategien entwickelt werden, um den technologischen Vorsprung und die hochqualifizierten Arbeitsplätze in Bayern und Deutschland zu sichern und stetig zu verbessern. Ergänzend fordern wir folgende Unterstützungsmaßnahmen der Wehrtechnische Industrie:

- die konsequente Vernetzung zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen,
- die Erstellung eines Sozialplans für die betroffenen Beschäftigten der Wehrtechnischen Industrie,
- der Aufbau einer Initiative "Wehrtechnische Zukunftstechnologie in Bayern",
- die Förderung regionaler, nationaler und europäischer Forschungs- und Unternehmensnetzwerke,
- der nachhaltige Ausbau der deutschen Präsenz in europäischen und anderen internationalen Einrichtungen,
- Maßnahmen zum Ausbau der Fähigkeiten deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen zur Systemintegration.

4. Neugestaltung des Wehrdienstes

Solange wir eine Armee benötigen, so lange benötigen wir einen Wehrdienst. Er steht für die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft. Weitere Reduzierungen des Personalumfangs und damit auch ein aus Geldmangel erzwungener Paradigmenwechsel vom Wehrdienst zur Berufsarmee würde unweigerlich die Aussetzung der Wehrpflicht zur Folge haben. Diese Verkürzung oder gar die völlige Abschaffung des Wehrdienstes stellen nicht nur die Qualität der Ausbildung massiv in Frage. Sie gefährdet auch die Auswahl der geeigneten Zeitsoldaten und stellt viele soziale Einrichtungen vor Probleme.

Neue Risiken und Anforderungen erfordern quantitativ zwar weniger, qualitativ jedoch deutlich besser ausgebildete Soldaten. Insbesondere vor dem Hintergrund verantwortungsvoller Einsätze in Krisenherden ist eine sorgfältige Personalrekrutierung bei der Bundeswehr absolut unverzichtbar. Viele Zeitsoldaten entscheiden sich erst während des Wehrdienstes zu einer längeren Verpflichtung. Die komplexen Strukturen der Bundeswehr und das geforderte umfangreiche technische Wissen bedürfen eines ausreichenden Zeitrahmens für eine vernünftige Anleitung und Ausbildung.

Dies gilt gleichermaßen für den Zivildienst. Zivildienstleistenden treffen oft auf Aufgaben, für die eine adäquate Anlernzeit benötigt wird. Auch der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zu denjenigen, die auf Hilfe angewiesen sind, braucht Zeit. Die Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate schafft damit mehr Probleme als dass Probleme gelöst werden. Sie bietet keine zukunftsfähige Antwort auf die wichtige Frage der Wehrform.

Die entscheidende Ausgangsfrage für eine sinnvolle Neuregelung von Wehrdienst und Zivildienst muss die Wehrgerechtigkeit sein. Die Antwort liegt in der Einführung eines Freiwilligen Wehrdienstes. Mit diesem Modell bleibt es bei einer grundgesetzlichen Beibehaltung des Wehrdienstes, der Bedarf wird jedoch ausschließlich durch Freiwillige gedeckt. Die Frage nach der Wehrgerechtigkeit erübrigt sich damit. Nur wenn sich nicht genügend Freiwillige für den Wehrdienst melden und eine drastische Verschärfung der Bedrohungslage eine Stärkung der Landesverteidigung erfordert, können junge Menschen wieder verpflichtet werden.

Neben dem Freiwilligen Dienst bei der Bundeswehr kann der Freiwillige Dienst sowohl bei den sozialen Einrichtungen, zum Schutz der Umwelt, im Rettungs- und Katastrophenschutz, beim THW, bei der Freiwilligen Feuerwehr, bei den Hilfsorganisationen, als freiwilliges soziales Jahr wie auch in der Entwicklungshilfe geleistet werden. Bei diesem Modell wird von einer längeren Dienstzeit ausgegangen, auch damit Zusatzqualifikationen erworben werden können. Die Dauer ist auf mindestens 9 Monate, höchstens 23 Monate anzusetzen. Männer und Frauen können sich gleichermaßen verpflichten.

Zur Umsetzung werden alle jungen Männer zu Informationsveranstaltungen über die Landesverteidigung und einen Freiwilligen Gesellschaftsdienst einberufen, erfasst und gemustert. Auf freiwilliger Basis wird auch jungen Frauen eines Jahrganges angeboten, sich auf Tauglichkeit prüfen zu lassen und sich für einen militärischen oder nichtmilitärischen Dienst zu bewerben. Damit erhalten alle jungen Menschen ein Angebot, auf der Basis einer freiwilligen Entscheidung einen Dienst für die Gemeinschaft zu leisten. Dieses Modell bietet somit gleichzeitig einen Fortschritt bei der Gleichstellung von Männern und Frauen.

Die Freiwilligkeit ist u.a. mit einem verbesserten Wehrsold, und durch eine entsprechende Bezahlung und Sozialversicherung der Zivildienstleistenden zu fördern sowie durch ein Bündel von Vorzügen (z.B. zertifizierte Qualifizierungen oder Bonuspunkte, etwa zur Verkürzung von Wartezeiten auf Studienplätze) zu belohnen. Auch in der Privatwirtschaft dürfte die Bereitschaft bestehen, den Teilnehmern freiwilligen Dienst im Vergleich zu gleich Qualifizierten den Vorzug zu geben. Eine Vereinbarung zwischen Bund, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften könnte dies auf eine solide Grundlage stellen.

5. Fazit

Wir stehen zur Bundeswehr, zum grundgesetzlichen Wehrdienst, zu unserer Wehrtechnischen Industrie und zu den Bundeswehrstandorten in Bayern. Mit unserem Konzept werden wir den laufenden Transformationsprozess begleiten. Ein sinnvoller und kohärenter Abbau findet unsere Zustimmung.

Mit dem Modell des Freiwilligen Wehrdienstes schafft die SPD eine neue und nachhaltige Form des freiwilligen Gesellschaftsdienstes. Sie ist damit Garant für eine Wehr- sowie Geschlechtergerechtigkeit.